



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ANDRÁSSY BEITRÄGE
der Fakultät für Internationale Beziehungen

Patrick Burmeier
Master Internationale Beziehungen

**Demokratieförderung der Europäischen Union
an der Côte d'Ivoire :**

Probleme, Ansätze und (falsche) Anknüpfungspunkte.

Nr. 2

2012

Ziel

Die Andrassy Beiträge der Fakultät für Internationale Beziehungen dienen der stärkeren Verknüpfung von Lehre und Forschung. Sie bieten Forschern und Studierenden der Andrassy Universität die Möglichkeit, qualitativ hochstehende Arbeiten aus den Bereichen der Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Diplomatie zu publizieren und damit einem grösseren Fachpublikum zugänglich zu machen. Die Qualität der Beiträge wird vom Herausgeberkomitee sichergestellt.

Herausgeberkomitee

Prof. Dr. Ellen Bos
Prof. Dr. Martina Eckardt
Dr. Dr. Rolf Friedrich Krause
Prof. Dr. Dietmar Meyer
Prof. Dr. Stefan Okruch
Dr. Zoltán Tibor Pállinger

ISSN: 2063-9414

URL: <http://www.andrassyuni.eu/forschung/publikationen/andrassy-beitrg-e-der-fakultt-fur-internationale-beziehungen>

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. „Spektrum“ der Demokratie in Afrika und die Ansätze der Demokratieförderung	5
3. Problematik der Stabilisierungsstrategien in „failing states“	8
4. Demokratieverständnis und Identitätskonflikt an der Côte d'Ivoire	12
5. (Falsche) Anknüpfungspunkte der Demokratisierung durch die EU(?).....	15
6. Schlussbetrachtungen.....	19
7. Literaturverzeichnis	24
7.1. Printquellen	24
7.2. Internetquellen.....	27

1. Einleitung

„Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigenen Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zur stärkeren Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts¹“.

In ihrem Anspruch, ein potenter globaler Akteur zu sein, „exportiert die Europäische Union ihr Modell legitimen demokratischen Regierens in Drittstaaten und agiert dort als externer Demokratisierer“². Dabei steht die Union für ein bestimmtes, differenziertes und entwickeltes Wertesystem, welches sie – festgeschrieben im Vertrag (s.o.) – als den Ursprung des eigenen Erfolges betrachtet und zu dessen weltweiter Verbreitung sie sich verpflichtet fühlt.

An erster und zentraler Stelle dieses Wertesystems steht die „Demokratie“, diejenige Staatsform, welche durch die Möglichkeit der Mitwirkung aller Bürger rein formal die Herausbildung der bestmöglichen politischen Ordnung gewähren soll. „Demokratie“ ist also der langfristige Grundsatz, der Wert und das Ziel, welches es zu erreichen gilt.

Demokratieförderung bedeutet für die EU also primär „Werteexport“: „Minimalbedingungen“ dabei sind Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und ein funktionierendes Parteiensystem, wie im Folgenden nachgewiesen werden soll. Um diese „Minimalbedingungen“ zu erreichen, geht die EU (und andere Akteure) nach bestimmten Stabilisierungsstrategien vor und betreibt „Kapazitätenaufbau“, auf welchem sich dann die folgenden demokratiefördernden Prozesse gründen, die als langfristiges Ziel den „Wert Demokratie“ erreichen wollen.

Wie dieses Vorgehen, dass - um die Stabilität von Instrumenten und Prozessen nicht zu gefährden – oft schematisch und schwerfällig ist und notwendige, häufig sogar elementare Bedingungen außer Acht lässt, konkret ausgestaltet ist, will diese Arbeit anhand des Beispiels der Demokratieförderung der Europäischen Union an der Côte d'Ivoire zeigen. Vorweg und einleitend

¹ Vertrag über die Europäische Union, Titel V, Kapitel 1, Art. 21. Absatz 1.

² Jünemann, A.; Knodt, M. (2006), S. 113

dazu ein Gedanke, der das Problem an der Côte d'Ivoire treffend formuliert: „Die Mehrheit der Ivorer sehnt sich nach Frieden, Normalität und einem besseren Leben. Paradoxerweise verschärft nun ausgerechnet eine reguläre Wahl die ethnischen, religiösen und sozialen Konflikte. Der Norden wählte mehrheitlich den Muslim Ouattara, der christliche Süden stimmte für Gbagbo“³.

2. „Spektrum“ der Demokratie in Afrika und die Ansätze der Demokratieförderung

Externe Demokratieförderung in fragilen Staaten – gerade durch die Europäische Union – „beruht auf der Annahme, dass legitime und funktionstüchtige rechtsstaatliche Strukturen und eine konsolidierte demokratische Kultur Bedingung sind für eine friedliche Konfliktaustragung“⁴: Handlungsfähigkeit und Rechtmäßigkeit begründen demnach einen stabilen (demokratischen) Staat, der Sicherheit und Wohlfahrt für seine Bürger garantiert und durch deren regelmäßigen Wahlen legitimiert wird.

Theoretisch also – und frei nach Hobbes'schen Vorbild – Kapazitätenaufbau: den Naturzustand der konfliktgebeutelten Individuen durch die Gründung eines Staats (also der vertraglichen Übertragung der Macht auf einen Souverän) überwinden und in der Folge EU-wertegeleitet Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fördern, „good governance“ etablieren sowie die gesellschaftlichen Partizipation an politischen Prozessen unterstützen.

Die EU-Demokratisierungsstrategie weist damit im Gegensatz zur Strategie der USA einen umfassenderen Ansatz auf (obwohl USAID den Demokratisierungsansatz unter der Bush-Administration erweitert hat⁵), der primär auf die Errichtung starker Institutionen und die Durchführung von Wahlen ausgerichtet ist. Dabei berücksichtigt die Europäische Union auch, dass „Demokratien [...] in Westeuropa – und mittlerweile auch in einigen ost- und südostasiatischen Ländern – als Konsequenz vorangegangener ökonomischer Modernisierung entstanden“⁶ sind:

³ Grill, B. (2010), Web

⁴ Buckley-Zistel, S. (2008), Web

⁵ Vgl. Yoneoka, K. (o.D.), S. 7-8

⁶ Sandschneider, E. (2003), S. 21

Entwicklungshilfe unter Auflagenerteilung („Konditionalität“) gilt hierbei als stärkstes Instrument der Union bei der Demokratieförderung. Quasi „Demokratisierung [...] durch die Hintertür – nicht als kulturelles Exportgut eines westlichen Ideenimperialismus, sondern als systematische Konsequenz ihres [des geförderten Staates; Anm. d.V.] eigenen ökonomischen Erfolges“⁷.

Wenngleich das Spektrum der Demokratisierungsinstrumente der EU wesentlich größer ist, liegt der Fokus häufig auf diesem individuellen ökonomischen Erfolg: Damit werden demokratische und ökonomische Reformen häufig in einen Kausalzusammenhang gesetzt und europäisch-liberale Werte (nach Adam Smith) angewandt, die vertreten, „dass der Einzelne, wenn er sich nur anstrengt, eine faire Chance zum wirtschaftlichen Erfolg hat und dass dem Allgemeinwohl am besten gedient wird, wenn jeder Einzelne sich (durchaus egoistisch) um sein persönliches Wohlergehen bemüht. Damit verbunden ist der Glaube, dass die Motivation des Einzelnen zu persönlicher Anstrengung um so grösser [sic!] ist, je mehr Freiheit ihm der Staat gewährt [...]“⁸. Marktwirtschaft, Privateigentum und Wettbewerb nehmen dadurch (unbewusst?) eine zentrale Rolle in der Demokratisierungsförderung durch die EU und andere Staaten ein und stützen zugleich die These, „wonach Demokratie für die meisten Afrikaner vor allem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt bedeute und geradezu gleich bedeutend sei“⁹.

Studien in sechs verschiedenen afrikanischen Ländern (Malawi, Botswana, Ghana, Namibia, Nigeria, Zimbabwe¹⁰) haben allerdings ergeben, dass das Demokratieverständnis in Afrika nicht auf dem „westlichen Wettbewerbsmodell“ beruht und Demokratie und Wohlfahrt nicht gleichgesetzt werden, sondern dass das „allgemeine Verständnis von Demokratie sich, wenn auch vage, auf Freiheit und insbesondere auf bürgerliche Freiheit, auf Wahl- und Handlungsfreiheit bezog“¹¹. Einhergehend mit dem durchaus kommunitaristischen „Gruppenbewusstsein“ der meisten afrikanischen Ethnien (in diesen Gemeinschaft herrschen bestimmte Wert- und Moralvorstellungen sowie Traditionen vor, die das Individuum erst definieren¹²), läuft dies entgegen dem (westeuropäischen) Konzept, dass Demokratie vor allem wirtschaftlicher und sozialer (die o.g.

⁷ Ebd.

⁸ o.V. (Letzter Abruf: 01.10.2011): Politische Parteien. Zellen der Demokratie, Web.

⁹ Erdmann, G.(2001), S. 44

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Ebd., S. 44

¹² Vgl. Honneth, A. (1992), S. 118-123

persönliche Anstrengung, die sich dann rückwirkend positiv auf die Gruppe auswirken sollte) Fortschritt ist.

Diese Ethnizität und/oder Tribalismus (Stammesbewusstsein, -zugehörigkeitsgefühl), also die Bindung an Gemeinsamkeiten wie Geschichte, Kultur und Sprache zur Schaffung einer sozialen Identität, wurde im Zuge der Dekolonialisierung der späten 1950er und 1960er Jahre zugunsten „modernisierungstheoretische[r] Ansätze, die als Entwicklungsbild die westliche liberal-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und damit auch den Nationalstaat“¹³ hatten, in den Hintergrund gedrängt: Die Kategorien „Ethnien“ und „Stämme“ stehen per se im Gegensatz zum europäischen individualistisch-liberalen Menschenbild, wonach Individuen die Gemeinschaft formen und die Rechte des Einzelnen eine zentrale Rolle einnehmen und diese sich zu Interessengruppen zusammenschließen müssen/sollen, um gemeinsame Anliegen zu artikulieren. Heute spielt die Ethnizität gerade in den afrikanischen Transformationsgesellschaften eine tragende Rolle: Bisher unterdrückte Ethnien erhielten durch die Öffnung und Pluralisierung der politischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren.

Als Hauptproblem der Demokratieförderung lässt sich demnach das in Afrika dominierende gegenteilige Modell zum „europäischen-individuellen“ Gemeinschaftsbild identifizieren: Hier bilden die ethnischen Gruppen die (politischen) Interessengruppen¹⁴, was „das alte Argument bemüht, dass Parteien nur nach ethnischen Prinzipien, nicht nach sozialen Interessen formiert sind. Die Folge seien wachsende ethnische Konflikte sowie gesellschaftliche und staatliche Destabilisierung“¹⁵. Demokratisierung bedeutet demzufolge die politische Mobilisierung der Ethnizität, die zwar auch in den Einparteienregimen in Form von Repression oder Patronage schon präsent war, noch verstärkt, auch wenn zugegebenermaßen „die Mehrzahl der Parteien [in afrikanischen Staaten sich] auf Koalitionen mehrerer Ethnien, die von den jeweiligen Eliten eingegangen wurden“¹⁶ stützen.

Demokratieförderung in Afrika wird dadurch paradox: Zum einen sollen möglichst pluralistisch und im europäischen Sinne alle „Interessengruppen“ in den demokratischen Prozess mit einbezogen

¹³ Eckert, A. (2000), S. 9

¹⁴ Vgl. ebd., S. 9-10

¹⁵ Erdmann, G.(2001), S. 45

¹⁶ Erdmann, G.(2001), S. 45

werden, zum anderen lässt gerade diese Pluralität an Interessen (und damit an Ethnien) die Demokratie ineffektiv werden. Parallel dazu müssen Staatszugehörigkeits-/Identitäts-, Entscheidungs- und Verteilungskonflikte gelöst werden, die den demokratischen Prozess zusätzlich erschweren, da wenige Institutionen zur Konfliktlösung vorhanden sind bzw. diesen zusätzlich auch nicht vertraut wird, da im Zweifelsfall nicht die eigene Interessengruppe oder Ethnie in diesen Institutionen vertreten ist. Verschiedene schwerwiegende Konflikte müssen quasi gleichzeitig gelöst werden um das demokratische System zu legitimieren und zu stabilisieren (Vergleiche hier auch den Transformationsprozess in osteuropäischen Ländern nach 1990: Das so genannte „Gleichzeitigkeitsdilemma“ - Nationalstaat, Kapitalismus und Demokratie muss nahezu gleichzeitig entwickelt werden¹⁷). Dies wirft die Frage auf, wo der eigentliche Prozess der Demokratieförderung ansetzen soll.

3. Problematik der Stabilisierungsstrategien in „failing states“

Vor der eigentlichen Betrachtung der Problematik an der Côte d'Ivoire und deren Lösungsansätze müssen die Bedingungen analysiert werden, an denen Akteure wie die Europäische Union oder die Vereinten Nationen (VN) Demokratisierungsprozesse gerade in „failing states“ (Côte d'Ivoire: Rang 10 im Jahr 2011 im „The Failed States Index 2011“) anknüpfen können und häufig müssen: Dabei wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass „die Demokratisierung der Herrschaftssysteme [...] die Grundvoraussetzung für die Errichtung von Friedenszonen [ist], da es als erwiesen gelten kann, daß [sic!] Demokratien gegeneinander keinen Krieg führen“¹⁸.

Greifen Strategien wie die o.g. politische Konditionalität nicht mehr und sind „innerstaatlich Konflikte und Staatsverfall als eine akute Gefahr für die internationale Sicherheit identifiziert worden“¹⁹ oder als akute Gefahr für die Bevölkerung (oder einen Teil derer) ersichtlich, berufen sich die VN auf die „Responsibility to protect“, welche besagt, dass „[...] staatliche Souveränität auch eine Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung beinhaltet. Ist ein Staat nicht in der Lage oder nicht Willens, seine Bevölkerung vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen,

¹⁷ Offe, C. (1991), S. 279-291

¹⁸ Czempiel, E.O. (o.D.)

¹⁹ Vgl. Tull, D. (2005), S. 7

geht diese Schutzverantwortung an die internationale Gemeinschaft über“²⁰. Die „Responsibility to protect“ sieht dabei eine militärische Intervention lediglich als ultima ratio, also als allerletztes Mittel der Reaktion vor, gerechtfertigt allein in folgenden Fälle: Massensterben (“large scale loss of life, actual or apprehended, with genocidal intent or not, which is the product either of deliberate state action, or state neglect or inability to act, or a failed state situation”) oder einer ethnischen Säuberung (“large scale "ethnic cleansing", actual or apprehended, whether carried out by killing, forced expulsion, acts of terror or rape”)²¹. Die Auslegung dieser „Schutzverantwortung“ liegt allerdings allein im Ermessen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Resultat dieser Feststellungen sind eine militärische Intervention seitens der VN zur unmittelbaren Beseitigung der Gefahr und im zweiten Schritt zur Stabilisierung und Demokratisierung des Interventionslands, geleitet von der Vorstellung des o.g. „Demokratischen Friedens“.

Dabei ergibt sich folgendes Dilemma: „Läßt [sic!] sich die Intervention als Einmischung in das Herrschaftssystem zugunsten von dessen Demokratisierung normativ und ordnungspolitisch gut begründen, so bedarf ihre Umsetzung in praktische Politik äußerster Aufmerksamkeit. Intervention zugunsten der Demokratisierung kann leicht zum Selbstwiderspruch werden, wenn sie militärische Gewalt einsetzt oder ein uniformes Demokratiemodell verwendet. Der Einsatz der Gewalt ist nicht nur nach Artikel 2,4 der VN-Charta verboten, auch die Sache verbietet ihn. Die Strategie der Demokratisierung rechtfertigt sich aus der Erhöhung der Sicherheit für alle; zu ihren Gunsten Gewalt einzusetzen geriete zum Paradox, weil statt Sicherheit Tod und Vernichtung erzeugt werden würden. Davon gibt es nur eine Ausnahme und diese liegt weit unterhalb des anspruchsvollen Zieles der Demokratisierung. Wenn ein Genozid abläuft, wäre eine sofortige militärische Aktion der internationalen Umwelt rechtens und richtig. Jenseits dieses Extremfalls bleibt sie unrecht und unwirksam“²². Per se entsteht hier neben dem moralischem Dilemma auch ein Ziel-Mittel-Konflikt sowie gleichzeitig ein Priorisierungsproblem: Stehen im Mittelpunkt der Intervention die „Friedenskonsolidierung und die physische Sicherheit der Bevölkerung“²³ oder die Errichtung eines demokratischen Systems, das diese Konflikte möglichst eigenständig lösen kann?

²⁰ Schwarz, M. (2008), Seite 5.

²¹ Vgl. International Commission on Intervention and State Sovereignty: The Responsibility to Protect, 2001, S. XII

²² Czempiel, E.O. (o.D.)

²³ Tull, D. (2005), S. 6

Das eine bedingt augenscheinlich das andere, weswegen die Vereinten Nationen sich heute bei Missionen zur Wiederherstellung des Friedens und der staatlichen Ordnung („State-Building“, „Post-Conflict-Reconstruction“) auf allgemein anerkannte Grundsätze im Umgang mit Nachkriegsgesellschaften fokussieren und diese häufig nach einem starren Schema durchführen: Entwaffnung und Reintegration der Kombattanten, Aufbau nationaler Institutionen (Polizei, Armee, Justiz), Förderung von Menschenrechten und politischer Partizipation, Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, der Wiederbelebung der Wirtschaft usw. Seit 1988 führten die VN knapp 20 neue Missionen nach diesem Muster durch und unterstützten so Transformationsprozesse in ehemaligen Bürgerkriegsländern²⁴.

Sind also die unmittelbaren Bedrohungen für die Bevölkerung im Interventionsland beseitigt, setzen Gegenstrategien zur Verhinderung des Staatsverfalls (das o.g. „State-Building“ und „Post-Conflict-Reconstruction“) ein, die die Vorstufe zum eigentlichen Demokratisierungsprozess bilden sollen. Problematisch dabei ist, dass seit Somalia (1993) und Ruanda (1994) die Pläne meistens auf Machtteilungsabkommen basieren:

Rebellen/Bürgerkriegsparteien (oder allgemein „nichtstaatliche Gewaltakteure“) werden in den politischen Prozess miteinbezogen und mit dem Staat auf eine Stufe gestellt, um um jeden Preis eine weitere Zersplitterung Staates zu verhindern und die Staatlichkeit als Ganzes zu bewahren²⁵. Abgesehen davon, dass dabei häufig versucht wird, die Überreste des gescheiterten Staates als Adressat und Träger des politischen Wiederaufbauprozesses zu konstruieren (der politisch nicht handlungsfähig ist und häufig alle staatliche Gewalt außerhalb der großen urbanen Zentren wirkungslos geworden ist sowie für die Bürger ein Synonym von Korruption und Kleptokratie ist), wird den nichtstaatlichen Gewaltakteuren aufgrund ihres Gewaltpotenzials eine grundlegende Bedeutung im Wiederaufbauprozess (Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“) zugemessen werden und diese Akteure somit aufgewertet²⁶.

Die Stabilisierungsstrategie als Vorstufe der Demokratisierungsstrategie ist also konzeptionell eine andere: Hier werden bewusst alle Akteure miteinbezogen, um den Staat zu legitimieren, also quasi die Zustimmung zur (vertraglichen) Übertragung aller Macht von den einzelnen Gewaltakteuren auf

²⁴ Vgl. Tull, D. (2005), S. 5-7

²⁵ Vgl. Tull, D. (2005), S. 8-9

²⁶ Vgl. ebd., S. 7-8

einen Souverän zu erwirken. Aus der gesamten Konzeption würde bei konsequenter Weiterführung dieses Ansatzes auch gleichzeitig eine Verpflichtung zur Zugehörigkeit zur Gesellschaft bzw. bestimmte Pflichten entstehen, die das Individuum (hier in auch in Form der Konfliktparteien) innerhalb dieser zu erfüllen hat („Staatsbürgerschaft“), was das angesprochene „afrikanische Demokratiemodell“ (fast) treffen würde. Dieser ist als eine Art „identitätsstiftender Partizipationsmechanismus“ zu verstehen, entgegen dem liberalen Modell, das die Staatsbürgerschaft als einen Status definiert, in dem jeder Bürger subjektive Rechte innerhalb der gegebenen Gesetze gegenüber seinen Mitbürgern und dem Staat besitzt, die der Staat wiederum garantieren und schützen muss (= „Negative Freiheit“). Hierbei ist die Grundlage, dass erstens das allgemeine Recht eine Anerkennung durch Gemeinschaft braucht und zweitens mit Hilfe dieses Partizipationsmechanismus, also einer „positiven Freiheit“, das Individuum als Staatsbürger sein politisches und soziales Umfeld bzw. die Gesellschaft mitgestalten kann und muss (Charles Taylor: „Recht heißt Pflicht zur Partizipation“), was dem Gruppenbewusstsein der afrikanischen Ethnien durchaus entsprechen würde. Diesen Vorgang muss der Staat seinerseits fördern und unterstützen, also die politische Willensbildung vorantreiben, da diese „Diskurse“ das gesamtgesellschaftliche Interesse darstellen²⁷.

Ist eine gewisse Stabilität und Grundbedürfnisbefriedigung im Empfängerland erreicht worden, werden in konsequenter Folge und nach o.g. liberal-wertegeleitetem Modell Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gefördert: Dies beinhaltet nach westlichen Vorstellungen, wie bereits angesprochen, auch die Förderung der Grund- und Partizipationsrechte des Individuums, die Unterstützung bei der Bildung von Interessengruppen und die als Bedingung für die Demokratie (als Streitkultur) nötige Opposition. Die geschaffene – und meistens wackelige – nationale Einheit, welche auf der Zusammenarbeit aller Konfliktparteien beruht, wird damit zugunsten des Demokratisierungsprozesses erneut zersplittert, da die Demokratie konsequent als „Austragungsort von Konflikten“ gesehen wird, in der z.B. durch das Parlament oder das Verfassungsgericht Konflikte „institutionalisiert“ werden. Bewusst werden also – und im Sinne der „Streitkultur“ einer Demokratie - alle Gruppierungen (die konsequent als Zusammenschlüsse der Individuen gesehen werden, die ihren Grundrechten nachkommen wollen), gefördert und ihnen die Möglichkeit gegeben, gegeneinander bei Wahlen anzutreten.

²⁷ Vgl. Fondevila, G. (2002), S. 2; Honneth, A. (1992); Taylor, C. (1992), S. 29ff

Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass sich die geförderten Gruppierungen selbst häufig nicht als ein „Interessenzusammenschluss von Individuen“ sehen, sondern sich klar über eine ethnische Zugehörigkeit definieren, die eine Art „kollektiver Identität“²⁸ und damit auch (s.o.) ein starkes Gruppenbewusstsein haben (Nepotismus, Patronage, etc.). Wenn dies ausgeblendet wird, dann somit auch, dass ethnische Gruppenzugehörigkeit starken Einfluss auf die politische Einstellung haben: „Die große Anzahl und Virulenz von Konflikten, die unter ethnischen Vorzeichen ausgetragen werden, [zeigt,] dass ethnische und nationale Zugehörigkeiten als Organisationsprinzip und Mittel der politischen Mobilisierung in Afrika besondere 'Attraktivität' aufweisen“²⁹.

„Dahl [...] nennt als eine Erfolgsbedingung der Demokratie/Polyarchie weitgehende kulturelle Homogenität oder einen institutionellen modus vivendi verschiedener ethnischer Gruppen bei der Bearbeitung möglicher Gegensätze“³⁰. Wie im Folgenden gezeigt wird, ist es primär die politisch instrumentalisierte Ethnizität an der Côte d'Ivoire und gleichzeitig die fälschlicherweise vorausgesetzte „individuelle Identität“ und damit die Förderung der „Interessengruppen“ (bzw. ethnischen Gruppen) durch die Europäischen Union, die dem Prozess der Demokratisierung im Weg stehen.

4. Demokratieverständnis und Identitätskonflikt an der Côte d'Ivoire

Ausdruck dieser ethnischen Identität im politischen Prozess an der Côte d'Ivoire war und ist das Konzept der „Ivoirité“: „Nach diesem Konzept, festgehalten im Staatsbürger- und Wahlrecht, war nur derjenige Ivorer, dessen Vater und Mutter nachweislich die ivoirische Staatsbürgerschaft besaßen“³¹.

Nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1960 war die Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI) unter Félix Houphouët-Boigny die einzige Partei bis 1990 (Mit den Massendemonstrationen im Jahr 1990 kehrte der Staat zum Mehrparteiensystem mit einem Ministerpräsidenten, welches schon in

²⁸ Salzborn, S. (2006), S. 105, 110

²⁹ Nord, A. (2002), S. 42

³⁰ Zitiert nach: Basedau, M. (2003), S. 147-148

³¹ Krempel, J. (2010), S. 2

der Verfassung von und seit 1960 verankert war, zurück: Houphouët-Boigny blieb bis zu seinem Tod 1993 als Präsident im Amt): Er öffnete das Land für ausländische Investitionen und baute so die wirtschaftliche Kraft des Landes aus. Dabei näherte er sich Frankreich wieder an, verpasste allerdings den Aufbau eines demokratischen und transparenten Staates. Seine unklare Staatsbürgerschaftspolitik (vor allem für Franzosen, die als größte Investoren viele Vorteile genossen) ließ es zu, dass Immigranten Einfluss in der Politik an der Côte d'Ivoire bekamen und ließ die Grenze zwischen Ivoren und Nichtivoren weiter verschwimmen³². Die Wirtschaftskrise mit dem Preisverfall für Kaffee und Kakao (die Côte d'Ivoire war weltweit der größte Exporteur für Kakaobohnen der 1980er Jahre) polarisierte dann das Verhältnis zwischen Ivoren und Immigranten: „Durch den Entzug von Landrechten für die Zuwanderer kam es vor allem im weitgehend agrarisch erschlossenen Südwesten des Landes zu ersten sozialen Spannungen. Angesichts zunehmender Absatzschwierigkeiten und steigender Arbeitslosigkeit wuchs der Unmut in der ivorischen Bevölkerung. Einwanderer wurden Opfer der systematischen politischen und gesellschaftlichen Diskriminierung seitens der Regierung“³³.

Houphouët-Boignys Nachfolger Henri Konan Bédié systematisierte 1994 diese Diskriminierung durch das Konzept der „Ivoirité“: Zahlreichen Immigranten der zweiten Generation wurde dadurch die offizielle ivorische Staatsbürgerschaft sowie das Wahlrecht verweigert (zuvor garantierte die Verfassung jeder Person, die mindestens fünf Jahre auf ivorischem Boden gelebt hatte, die Staatsbürgerschaft)³⁴. So verhinderte er zum Beispiel auch, dass sein Widersacher Alassane Ouattara bei den Präsidentschaftswahlen 1995 und 2000 kandidieren konnte, da diesem vorgeworfen wurde, dass sein Vater aus Burkina Faso stamme.

Die Rassemblement des Républicains (RDR) und die Parti démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI-RCA) boykottierten die Wahl im Jahr 2000, 2002 folgte ein fünfjähriger Bürgerkrieg. Das Abkommen von Ouagadougou im März 2007 beendete offiziell den Krieg, die Rebellen unter Guillaume Soro wurden in die Regierung unter Präsident Laurent Gbagbo miteinbezogen, eine Regierung der nationalen Einheit gegründet und das Konzept der „Ivoirité“ als Bedingung für die Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen 2010 aufgehoben (zugleich definierte es zwar nicht endgültig die ivorische Staatsbürgerschaft, lieferte aber Ansätze zu deren Lösung, indem es sich

³² Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 601

³³ KAS (2010), S. 151

³⁴ Vgl. ebd.

unter anderem auf das Staatsangehörigkeitsrecht von 1961 und 1972 bezog, wonach „jeder Ivorer ist, der wenigstens ein ivorischen Elternteil hat oder auf ivorischem Boden geboren wurde, auch wenn die Eltern unbekannt sind“³⁵), sodass Ouattara zu den Wahlen antreten konnte.

„Vor den Wahlen 2010 erhielten erstmals viele Millionen von Bürgern gültige Personalausweise und die Möglichkeit zu wählen. Gleichwohl hätte man nach den vorliegenden demographischen Daten erwarten dürfen, dass noch deutlich mehr Ivorer wahlberechtigt sind als die offiziell fast 5,8 Millionen Registrierten“³⁶.

Trotzdem stimmen alle Protagonisten der Präsidentschaftswahl unter Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, dem Wählerverzeichnis im September 2010 zu: „Dies markierte einen historischen Akt, zumal die Wähler- und Bürgerregistrierung parallel verliefen. Erst dadurch wurde zumindest ein Konfliktgrund und erklärtes Motiv der Rebellion von 2002 deutlich 'bearbeitet'“³⁷, was den Identitätskonflikt als solchen allerdings nicht löst.

Die aufgezeigten Entwicklungen lassen einen Rückschluss auf das Demokratieverständnis an der Côte d'Ivoire zu: Die in den vorangegangenen Kapitel aufgezeigte Ethnizität als Identität bzw. die Staatsbürgerschaftsfrage stellt auch hier die Ursache und die Lösung des Problems dar, was die Ivorer – wie am Beispiel des Abkommens von Ouagadougou zu sehen – als grundlegende Bedingung erkannt haben. Festzuhalten dabei bleibt auch, dass die Ivorer – trotz krasser Rückschläge im Transformationsprozess und anhaltender Verletzungen von bürgerlichen und freiheitlichen Rechten – die „Demokratie“ (nach ihrer Definition) allen anderen Staatsformen vorziehen, was erneut zeigt, dass Demokratie und soziale Wohlfahrt (wie o.g. in vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent³⁸) nicht gleichgesetzt werden.

Trotz korrupter Institutionen, Repressionen und unklaren Rechtsverhältnissen halten die Ivorer an dieser Entwicklung fest: Dabei war auch „die hohe Wahlbeteiligung [2010] von über 80 Prozent [...] ein Beweis dafür, dass die Ivorer wählen wollten“³⁹. Die Massendemonstrationen 1990 und die

³⁵ Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 611

³⁶ Mehler, A. (2010), S. 2

³⁷ Mehler, A. (2010), S. 3

³⁸ Vgl. Erdmann, G.(2001), S. 41-45

³⁹ Mehler, A. (2010), S. 2

darauf folgende Rückkehr zum Mehrparteiensystem markieren hierbei den Beginn des eigentlichen Demokratisierungsprozesses an der Côte d'Ivoire.

Dem im Laufe der folgenden Jahre als größtenteils „ethnischer Konflikt“ gekennzeichneten Bürgerkrieg muss vor diesem Hintergrund auch eine weitere Bedeutung zugemessen werden: Hier geht es nicht nur um einen Konflikt verschiedener „Interessengruppen“ im Kampf um mehr politischen Einfluss, sondern auch um die Durchsetzung der demokratischen Werte, die die einzelnen Interessengruppen für sich identifiziert haben (und deswegen z.B. Wahlausgänge als „undemokratisch“ empfinden) und sich in der eigentlichen (demokratischen) Absicht durchaus gleichen. Die Basis für die autoritären Tendenzen und für die Macht von Gbagbo (bzw. dessen Bewegung) sowie Ouattara und somit für den eigentlichen Konflikt bildet also weiterhin die „Identitätskrise“, die den „ethnischen Konflikt“ nach Huntington zu einem „Identitätskrieg“⁴⁰ in einem fragilen Staat macht: Hier muss die eigentliche „Demokratieförderung“ ansetzen.

5. (Falsche) Anknüpfungspunkte der Demokratisierung durch die EU(?)

„The EU has identified peace building, good governance, social cohesion and social and economic infrastructure as priorities for Côte d'Ivoire's economic and social development“⁴¹.

Die EU bringt dafür im Zeitraum von 2008 bis 2013 rund 218 Millionen Euro auf: 55 Millionen für Friedenskonsolidierung und „good governance“, 125 Millionen für soziale Kohäsion und Resozialisierung/Wiedereingliederung und 38 Millionen für weitere Programme. Dabei priorisiert die Union zwei Bereiche: Erst Stabilisierung (mit Institutionenaufbau und gleichzeitiger Dezentralisierungsförderung nach europäischem Modell), dann Resozialisierung (mit Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur, primär sanitäre - und Wasserversorgung), besonders in den zentralen, westlichen und nördlichen Bereichen der Côte d'Ivoire⁴².

Ein Großteil des Geldes des 10th European Development Funds (EDF) für Côte d'Ivoire soll dabei für die „soziale Kohäsion“ aufgewendet werden, welche in innerhalb der Union als fundamentaler

⁴⁰ Huntington (1996), S. 433

⁴¹ European Commission - Development and Cooperation – EuropeAid (2011): Ivory Coast, Web

⁴² Vgl. Côte d'Ivoire – European Community Country Strategy Paper and National Indicative Programme 2008-2013

Wert der Europäischen Integration gilt: Trotz des unterschiedlichen Verständnisses in den verschiedenen Mitgliedsstaaten, ist das europäische Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität Teil der historischen, kulturellen und politischen Identität Europas. Soziale Kohäsion bedeutet dabei nicht nur Armutsbekämpfung und Integration. Genauso wichtig sind beispielsweise der Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge, Schaffung von Infrastruktur, Chancen am Arbeitsmarkt oder Teilhabe am politischen und sozialen Leben⁴³: Also der Schaffung einer Basis für einen Nationalstaat. An der Côte d'Ivoire beginnt diese „soziale Kohäsion“ mit der Rückführung von „Internally Displaced Persons“ (IDPs: Intern Vertriebenen) und deren soziale Reintegration im Diskurs mit lokalen Führern⁴⁴ und lokalem Institutionenaufbau/der Förderung der lokalen Selbstverwaltungen im Zuge der Dezentralisierung, die nach europäischem Modell Stabilität von lokaler/regionaler Ebene aus für den Gesamtstaat bringen soll. Exemplarisch soll hier anhand des „religiös-ethnischen“ Konflikts, den Ouattara zu seinem Vorteil zu nutzen wusste, die Folgen aufgezeigt werden.

Die „Ivoirité“ - wie bereits angesprochen, eigentlich eingeführt, um die nationale Identität zu fördern - diente als politisches Instrument, um die im Norden lebende Bevölkerung auszugrenzen und zu Immigranten zu degradieren. Hier „identifizieren sich Millionen Einwanderer aus den umliegenden Sahelstaaten, aus Mali, Burkina Faso, Niger und Guinea, mit Ouattara, weil es ihnen geht wie ihm: Als Arbeitskräfte sind sie willkommen, als Bürger sind sie aber nur zweite Klasse“⁴⁵, was größtenteils die muslimische Bevölkerung betrifft, weswegen der Konflikt sich ebenfalls von einem sozialen und ökonomischen zu einem religiösen Nord-Süd-Problem ausweitet. Ein Großteil der ivoirischen Muslime steht deswegen nicht mehr nur vor einem Identitäts- und Staatsbürgerschaftsproblem, sondern identifiziert dies schon als einen „Angriff auf den Islam selbst“, was den Konflikt weiter verschärft und neue Problembereiche eröffnet. Hierbei geht es explizit um die Forderung, dass muslimische Religionsführer eine stärkere Rolle in der ivoirischen Politik spielen sollten und damit um die Schaffung einer weiteren, „islamischen“ Identität⁴⁶. Nach Huntington (vgl. auch „Identitätskrieg“ oben) entsteht daraus eine 'Hassdynamik', vergleichbar dem 'Sicherheitsdilemma' in den internationalen Beziehungen, bei dem Ängste, Misstrauen und Hass beider Seiten einander verstärken⁴⁷.

⁴³ Vgl. Weiss, P. (o.D.), S.3., Web

⁴⁴ Vgl. IOM (2009), Web

⁴⁵ Scheen, T. (2011)

⁴⁶ Nordas, R. (2008), S. 14-15

⁴⁷ Huntington (1996), S. 433

Ouattara als politischer Führer und Opposition, unterstützt vom Westen im Zuge der demokratiefördernden Maßnahmen zum Aufbau einer Zivilgesellschaft, erweiterte und vertiefte im Laufe seines Wahlkampfes seine Appelle an deren ethnische und religiöse Loyalität. Dies schuf eine Art „emotionale Sicherheitskategorie“⁴⁸, die es aufgrund der vorangegangenen Diskriminierungen zuließ, dass die muslimischen, aber auch sonstigen Ethnien (im Nordteil des Landes) zwar so etwas wie eine gemeinsame Identität ausbildeten, das aber zugunsten eines „Ab- und Ausgrenzungsdiskurs“⁴⁹, in dem sie sich immer weiter von den anderen „Ethnien“ abgrenzten. Ouattara nutzte diese als Grundlage für seine politische Strategie: Damit kreierte er eine Art „Ethnonationalismus“, indem er als politische Leitfigur die „notwendige Politisierung der ethnischen Identität, die Formulierung nationalistischer Forderungen und Ziele sowie die Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten“⁵⁰ vorantrieb und im Prinzip eine „Gegenidentität“ zur „Ivovité“ schuf. Dieser „Ethnonationalismus“ konnte sich im Norden des Landes relativ gut entfalten, da hier die Rebellenkoalition „Forces Nouvelles de Côte d’Ivoire“ (FN oder FNCI⁵¹) bis zum Vertrag von Ouagadougou das Territorium kontrollierten.

Dabei muss allerdings auf das Ausmaß dieser Entwicklung hingewiesen werden: „Der Krieg in Côte d’Ivoire bildete zwar den Gegensatz zwischen Nord und Süd, Islam und Christentum ab, war aber weit davon entfernt, ein Religionskrieg zu sein. Zwar waren bei den 'Forces Nouvelles', die ab 2003 das nordivorische Territorium militärisch kontrollierten, Muslime stark vertreten, aber ihr Anführer Guillaume Soro, der im Rahmen verstärkter Friedensbemühungen 2007 neben Präsident Gbagbo zum Premierminister aufrückte, war, obwohl aus dem Norden stammend, kein Muslim, sondern Katholik – und er war nicht der einzige Nicht-Muslim in Reihen der 'Forces Nouvelles'“⁵². Als Gemeinsamkeit und Grundlage dieses „Ethnonationalismus“ dient also nicht die Religion, sondern die Diskriminierung in der Vergangenheit, die eine kollektive Identität trotz ethnischer Unterschiede geschaffen hat (wie sich am Beispiel der Zusammensetzung der FN gut erkennen lässt): „Einen wichtigen Bestandteil ethnonationalistischer Diskurse machen Werte und Begriffe aus, mit denen

⁴⁸ Elwer, G. (1989), S. 46

⁴⁹ Jenkins, R. (1986), S. 177

⁵⁰ Helmerich, A. (2004), S. 19

⁵¹ „Im September 2002 nahm das Mouvement Patriotique de la Côte d’Ivoire (MPCI) den bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Abidjan unter Präsident Laurent Gbagbo (Front Patriotique Ivoirien, FPI) auf, im November 2002 taten dies auch die beiden kleineren Gruppierungen Mouvement Populaire Ivoirien du Grand Ouest (MPIGO) und Mouvement pour la Justice et la Paix (MJP). Im Januar 2003 schlossen sich MPCI, MPIGO und MJP unter Führung von Guillaume Soro zu den Forces Nouvelles [de Côte d’Ivoire] (FN oder FNCI) zusammen“. Aus: Körner, P. (2007), S. 22

⁵² Körner, P. (2007), S. 26

die eigene 'Besonderheit' illustriert und positiv hervorgehoben werden soll. Geeignet erscheinen insbesondere Merkmale der kollektiven Identität, die von den Betroffenen als besonders relevant eingeschätzt werden und sich besonders wirkungsvoll inszenieren lassen, so zum Beispiel eine eigene sprachliche Tradition, kulturelle Werte und nicht zuletzt auch die kollektive Erinnerung an in der Vergangenheit bestehende Rechte und Institutionen⁵³.

Definiert man also nun Ouattaras Bewegung bzw. die durch die „Ivoirité“ diskriminierten Ethnien als eine nationalistische Bewegung, müssen ihre Zielsetzungen näher betrachtet werden. Nach Anthony D. Smith⁵⁴ haben nationalistische Gruppierungen sechs zentrale Ziele, die sie zu verwirklichen suchen: „Isolierung, Anpassung, Kommunalismus (der Versuch der Selbstbehauptung auf lokaler Ebene mit nur begrenztem Einfluss auf die politische Willensbildung), Autonomie, Separatismus und Irredentismus, d.h. das Streben nach Vereinigung mit dem Staat, in dem die eigene ethnische Gruppe die Mehrheit bildet“⁵⁵. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wurde die Entwicklung durch die EU-Maßnahmen zur Stabilisierung (und damit zur Dezentralisierung!) und sozialer Kohäsion unterstützt und vielleicht auch erst möglich gemacht. Die wertegeleitete Demokratieförderung der EU mit dem zentralen Wert der Menschenrechte (und damit auch Minderheitenrechte, die durch Autonomie oder Dezentralisierung erreicht werden sollen), ermöglichen dieser „Identitätsgruppe“ die Übernahme von Eigenverantwortung in Bereichen, von denen aus sie ihre politische Kraft weiter bündeln konnten. Die durch den Vertrag von Ouagadougou angestrebten Präsidentschaftswahlen begünstigten diese Entwicklung ebenfalls, da sich die internationale Gemeinschaft hierdurch eine Lösung des Konfliktes erhoffte: „Internationale Akteure, vor allem die Vereinten Nationen (UN) und die Europäische Union (EU), investierten viel Geld und politische Mühen in diese Wahl, die ein Schritt in Richtung Normalität, Stabilität und Prosperität in ganz Westafrika werden sollte“⁵⁶. Die Bemühungen der externen Kräfte schufen für die ethnonationalistische Bewegung optimale Voraussetzungen: „Für ethnonationalistische Bewegungen eröffnet sich vor allem immer dann ein breites Aktionsfeld in noch nicht stabilisierten Institutionen- und Parteiensystemen, wenn der Systemübergang nicht nur den Umbau des Regierungssystems, sondern auch eine 'offene nationale Frage' betrifft“⁵⁷.

⁵³ Helmerich, A. (2004), S. 21

⁵⁴ Smith, A.D. (1972), S. 15ff

⁵⁵ Helmerich, A. (2004), S. 21

⁵⁶ Krempel, J. (2010), S. 1

⁵⁷ Helmerich, A. (2004), S. 19

6. Schlussbetrachtungen

„In dem Glauben an das Ideale ist alle Macht wie alle Ohnmacht der Demokratie begründet.“

Theodor Mommsen, Römische Geschichte

Demokratieförderung durch „westliche“ Staaten steht fortwährend vor dem Dilemma, dass das „seit 1989 allenthalben verbreitete Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie als konkurrenzloses Gestaltungsprinzip politischer Ordnungen“⁵⁸ einerseits eine moralische Verpflichtung darstellt, die Demokratie als optimales Herrschaftsmodell zu verbreiten, andererseits auf machtpolitischen Interessen gründet, die Stabilität, Sicherheit, aber auch die Erschließung neuer Märkte beinhaltet⁵⁹. Dabei lassen sich Interessen der Akteure der Demokratieförderung auf drei primäre Annahmen reduzieren:

1. „Demokratieförderung und die Herausbildung konsolidierter Demokratien [...] soll friedliches zwischenstaatliches Verhalten fördern, also einen aktiven Beitrag zur Friedenssicherung leisten.
2. Demokratieförderung soll Systemtypen schaffen und stabilisieren helfen, mit denen der Westen dauerhaft und verlässlich politisch kooperieren kann.
3. Demokratieförderung soll marktwirtschaftliche Strukturen schaffen und stützen helfen, die die Zielländer zu langfristig verlässlichen ökonomischen Partnern des Westens machen“⁶⁰.

Grundlage die Europäische Union als ein Akteur der Demokratieförderung ist eine (gemeinsame) Wertevorstellung, auf welcher der Prozess der Förderung aufbauen kann. Die EU identifiziert dabei für sich die in Art. 2 EUV niedergelegten Werte als die Strukturelemente, die ihrer „Wertegemeinschaft“ zugrundeliegen: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und

⁵⁸ Sandschneider, E. (2003), S. 4

⁵⁹ Vgl. Freise, M. (2004), S. 25

⁶⁰ Sandschneider, E. (2003), S. 15

Männern auszeichnet“. Diese „schützt und fördert die Union“ nach Art. 3, Abs. 5 EUV „in ihren Beziehungen zur übrigen Welt“.

Demokratieförderung bedeutet für die EU also primär „Werteexport“: Dabei sind Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und ein funktionierendes Parteiensystem die „Minimalbedingungen“, die diesen erst zulassen. Um diese „Minimalbedingungen“ zu erreichen, geht die EU (und andere Akteure) nach den o.g. Stabilisierungsstrategien vor und betreibt den angesprochenen „Kapazitätenaufbau“. Auf diesen Strategien und Aufbaumaßnahmen gründen sich dann die folgenden demokratiefördernden Prozesse, die als langfristiges Ziel die o.g. Strukturelemente beinhalten. Das bedingt ein gewisses schematisches Vorgehen, um die Stabilität von Instrumenten und Prozessen nicht zu gefährden, was die Fördermaßnahmen starr und schwerfällig wirken lässt. Tatsächlich ist es an der Côte d'Ivoire auch genau diese „Generalisierung“, die demokratiefördernde Maßnahmen behindert bzw. den Konflikt nur verlagert: Die internationale Gemeinschaft sieht den Konflikt in einer Reihe mit Sierra Leone, Liberia und Guinea Bissau.

Der Konflikt an der Elfenbeinküste allerdings hat spezifische Merkmale im Vergleich zu den sonstigen Ursachen von Bürgerkriegen und Friedensprozessen in Westafrika: Hauptsächlich wird er durch konkrete politische und gesellschaftliche Missstände angetrieben (hier ist auch besonders zu vermerken, dass die Konfliktparteien die Verhandlungen im Friedensprozess selbst übernommen haben) und ist nicht auf eine korrumpierte Regierung oder auf das Machtstreben und auf die persönliche Bereicherung eines „Warlords“ zurückzuführen wie in Sierra Leone und Liberia. An der Côte d'Ivoire geht es primär um angefochtene Bürgerrechte, die alle anderen Auswirkungen des Konfliktes bedingen (Hunger, Vertreibungen, Armut,...). Weil die internationale Gemeinschaft nach ihren eigenen, starren und generellen Vorgaben handelt, welche schon früher auf andere (meist ethnische) Konflikte angewandt wurden, bezieht sie den zugrundeliegenden Identitätskonflikt und somit die Frage der Staatsbürgerschaft nicht genügend mit ein⁶¹, obwohl das Abkommen von Ouagadougou (Art. 1) diesen bereits klar als den zentralen Konfliktpunkt identifiziert hat⁶².

⁶¹ Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 597-599

⁶² Vgl. ebd., S. 614

Im Gegenteil: Die wertegeleitete Demokratieförderung – vor allem vor dem Hintergrund der Förderung der Opposition in einem Modell nach Vorbild der EU, in dem Pluralismus eine elementarer Bestandteil von Demokratie ist – kann wie gezeigt zu einer weiteren Zersplitterung der Gesellschaft führen, die ebenso wie die Maßnahmen zur Dezentralisierung die Entwicklung nationalistischer Identitätsgruppen begünstigen. Zwar verspricht der Prozess der Dezentralisierung eine aktivere Teilnahme der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen⁶³, gleichzeitig klammert er allerdings aus, dass es in Afrika einen starken Zusammenhang zwischen Staatsbürgerschaft/Identität und politischen Konflikten gibt: Zum einen bedingt durch die Kolonialzeit, die aus der Ära der Dekolonialisierung stammenden Grenzziehungen und daraus resultierende postkoloniale Konflikte (Diskriminierung von Ethnien, usw.), zum anderen durch die Unklarheit, wie Staatsangehörigkeit (jus sanguinis/ jus soli/ Einbürgerungsgesetze: geregelte Rechte und Pflichten zwischen Individuum und Staat) in multiethnischen Staaten (vor allem in Diktaturen!) überhaupt definiert wird. Den meisten Konflikten über Demokratie in Afrika liegt die Ausgrenzung bestimmter Ethnien zugrunde⁶⁴: Demokratie benötigt eine klare Definition von Staatsbürgerschaft und Identität⁶⁵!

Das Dilemma der Demokratieförderung zeigt sich an dem Konflikt an der Côte d'Ivoire deutlich: Hier steht Stabilität versus Demokratisierung⁶⁶ mit dem Hauptproblem, welche Partner unterstützt werden sollten. Im Falle der Côte d'Ivoire hat die externe Demokratieförderung und die unbedingte Unterstützung Ouattaras durch den Westen den Konflikt nicht gelöst, sondern nur verlagert. Im Prinzip unterstützten die externen Akteure nur eine Machtverschiebung, wie sie in Afrika seit Auflösung der Kolonien an der Tagesordnung ist. Die zeigt sich überdeutlich an der Deklaration der ehemaligen Rebellenarmee „Forces nouvelles“ als neue Staatsarmee unter dem Namen Côte d'Ivoire's Republican Forces (FRCI) durch Ouattara Mitte März 2011⁶⁷ und der Nichtbeteiligung der Partei des früheren Präsidenten Laurent Gbagbo in der neuen Regierung⁶⁸: Ouattara versucht, ebenso wie sein Vorgänger, seine Macht zu sichern und kann sich bei diesem Prozess sogar der Unterstützung des Westens sicher sein, da er als „demokratisch“ gewählter und damit legitimierter Präsident gilt. Dabei wird allerdings eine Tatsache aus Acht gelassen: „However, Gbagbo's exit

⁶³ Vgl. Jütting, J.; Corsi, E.; Stockmayer, A. (2005)

⁶⁴ Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 600

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 599 und 615

⁶⁶ Vgl. Jünemann, A.; Knodt, M. (2006), S. 113-118

⁶⁷ Vgl. souslemanguier (2011), Web

⁶⁸ Vgl. net-tribune (2011), Web

does not solve the problems of Cote d'Ivoire, which remains a divided country. Although Alassane Ouattara won the elections, almost half of the population voted for his opponent⁶⁹.

Damit bleibt ein Ansatzpunkte für eine Konfliktlösung an der Côte d'Ivoire: Da eine „Einheit in Vielfalt“ innerhalb des Landes auf längere Sicht nicht erreichbar scheint, also der demokratische Einheitsstaat aufgrund ethnischer Differenzen unmöglich ist, ein Ausweg durch Machtteilung⁷⁰ aber ein falsches Signal angesichts der 2011 anstehenden Wahlen in Nigeria, Benin, Tschad, Liberia und der DR Kongo setzen würde, müssen die EU und andere Akteure die Förderung und Unterstützung „übergeordneter“ regionaler Akteure wie der Economic Community Of West African States (ECOWAS) fokussieren.

„Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) reagierte auf die Krisen in Guinea, Niger und Côte d'Ivoire einstimmig und konsequent. Die Verteidigung und Durchsetzung demokratischer Standards ist von der Staatengemeinschaft als zentrale gemeinsame Aufgabe weitgehend akzeptiert“⁷¹. Und das trotz Fragilität und Demokratiedefiziten innerhalb der Organisation und Mitgliedsstaaten: Diese „Einigkeit“ zeigt eine neue Qualität der Nachbarbeziehungen und der Akzeptanz der Demokratie als bevorzugte Regierungsform sowie gleichzeitig einen gemeinsam vereinbarter Konsens über demokratische Prinzipien⁷²! Beispiele für gelungene Unterstützungen bzw. Bewältigungen von Krisen mit Unterstützung der ECOWAS sind die friedliche Wahlen in Togo 2010, die friedlichsten Wahlen der Geschichte in Guinea, wo das Militär nach zweijähriger Herrschaft die Macht an eine demokratisch legitimierte zivile Regierung abgab, ebenso wie in Niger⁷³.

Allerdings sind die Mittel der ECOWAS beschränkt, es fehlt an Kapazitäten zur Durchführung von Mediationsmissionen, interne Konflikte zersplittern die Organisation und durch die schwache Stellung des Parlaments bleibt die Wirtschaftsgemeinschaft immer noch ein Elitenprojekt der Staatschefs: „Die Hebel für wirksame politische oder wirtschaftliche Sanktionen (z.B. das Einfrieren von privaten Konten, Reisebeschränkungen für Regierungsmitglieder, Handelsembargos, Einfrieren von Krediten und Entwicklungshilfe) halten andere Akteure wie die EU oder die USA in

⁶⁹ Dailytrust (2011), Web

⁷⁰ Mehler, A. (2010), S. 7

⁷¹ Sperling, S. (2011), S.1

⁷² Vgl. ebd., S. 2

⁷³ Vgl. ebd., S. 3

der Hand. Und für umfassende Interventionen zu Wiederherstellung demokratischer Ordnung fehlen der ECOWAS Kapazitäten. Die für solche Zwecke vorgesehene ECOWAS-Standby-Force ist weiterhin im Aufbau und noch nicht einsatzfähig⁷⁴.

Trotzdem sind Togo, Mali, Angola, Nigeria, Ghana, Senegal und Burkina Faso als regionale Anlieger bzw. bedeutende Sicherheitsmächte die Akteure, die weiterhin einen starken Einfluss auf die Côte d'Ivoire ausüben können (so wurde die Côte d'Ivoire am 07.12.2010 von der Mitgliedschaft suspendiert): Gleichzeitig betreffen auch sie die ethnischen Probleme der Côte d'Ivoire, da diese teilweise auch in ihren Staaten vorhanden sind. Wie schon das Abkommen von Ouagadougou gezeigt hat, ist durchaus Verhandlungswille bei den Konfliktparteien vorhanden: die Mitgliedsstaaten der ECOWAS, besonders Burkina Faso, vermittelten damals erfolgreich zwischen den Gegnern. Lässt sich der Konflikt also nicht auf staatlicher Ebene lösen, muss die ECOWAS als regionale Macht den Prozess an der Côte d'Ivoire stärker begleiten, Vergehen notfalls härter sanktionieren und die Mitgliedsstaaten durch ihren Zusammenhalt ein Beispiel für die ivoirischen Parteien geben.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 3

7. Literaturverzeichnis

7.1. Printquellen

Abu Bakarr Bah (2010): Democracy and Civil War: Citizenship and Peacemaking in Cote d'Ivoire. African Affairs, 109/437, S. 597–615
(pdf, englisch, unter: <http://afraf.oxfordjournals.org/content/109/437/597.full.pdf+html>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Basedau, M. (2003): Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika – Ein systematischer Vergleich ausgewählter Länder, Opladen 2003

Czempiel, E.O. (o.D.): Erfolgreich intervenieren – aber wie und wozu? Direktor der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt
(pdf, deutsch, unter: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/14_sr3_czempiel.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Eckert, A. (2000): Tradition – Ethnizität – Nationsbildung. Zur Konstruktion von politischen Identitäten in Afrika im 20. Jahrhundert. Archiv für Sozialgeschichte 40, 2000
(pdf, deutsch, unter: http://library.fes.de/jportal/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00021288/afs-2000-001.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Elwer, G. (1982): Nationalismus, Ethnizität und Nativismus - über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Peter Waldmann/ders. (Hrsg.), Ethnizität im Wandel, Saarbrücken 1989, S. 21 – 60

Erdmann, G. (2001): Demokratisierung und Demokraten in Afrika – Zwischenbilanz nach einem Dezennium 2000. In: Institut für Afrika-Kunde/Hofmeier, R. (eds.), „Afrika-Jahrbuch 2000“, Leske u. Budrich, Opladen, 2001, S. 36-47
(pdf, deutsch, unter: http://www.fes.de/in_afrika/studien/AFRIKAJAHRB2000.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Fondevila, G. (2002): Politische Modelle der Sozialintegration. Eine Kritik am kommunitaristischen Programm. Herbert Utz Verlag 2002

Freise, M. (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten, Münster 2004

Helmerich, A. (2004): Ethnonationalismus und das politische Potenzial nationalistischer Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, 20.September 2004, S. 25-31
(pdf, deutsch, unter: <http://www.bpb.de/files/YG1WKE.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Honneth, A. (1992): „Die Herausforderung des Kommunitarismus. Eine Nachbemerkung“. In: Zahlmann, Ch. (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Rotbuch Verlag 1992

Huntington, S.P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Ungekürzte (deutsche) Originalausgabe des SPIEGEL-Verlags Rudolf Augstein GmbH & Co. KG Hamburg für die SPIEGEL-Edition 2006/2007; englische Originalausgabe von 1996 („The Clash of Civilizations“), erschienen im Verlag Simon&Schuster, New York

Jenkins, R. (1986): Social Anthropological Models of Inter-Ethnic Relations, in: John Rex/David Mason (Hrsg.), Theories of Race and Ethnic Relations, Cambridge 1986, S. 170 - 186, hier: S. 177.

Jünemann, A.; Knodt, M. (2006): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) 1/2006, S. 109-118 (pdf, deutsch, unter: http://www.zib.nomos.de/fileadmin/zib/doc/ZIB_06_01.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Jütting, J.; Corsi, E.; Stockmayer, A. (2005): Decentralisation and Poverty Reduction. OECD Policy Insights, Nr. 5. (pdf, englisch, unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/51/19/34425321.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) (2010): AfriKAS II. Berichte, Analysen, Eindrücke aus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika, Berlin 2010 (pdf, deutsch, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_22139-1522-1-30.pdf?110309121836, letzter Abruf: 01.10.2011)

Körner, P. (2007): Religion und Konflikt in Afrika. Fact sheets zur Rolle von Religion in 28 Gewaltkonflikten in Afrika südlich der Sahara, 1990-2007. In: GIGA Institut für Afrika-Studien. 1.Dezember 2007, S. 23–25 (pdf, deutsch, unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/fsp2/pdf/fsp2_religion_dsf_factsheets2007.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Krempel, J. (2010) Côte d’Ivoire in der Sackgasse. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt 2010 (pdf, deutsch, unter: <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/standpunkt1110.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Mehler, A. (2010): Côte d’Ivoire: kein Ausweg durch Machtteilung. German Institut of Global and Area Studies (GIGA) , Institut für Afrika-Studien, Hamburg 2010 (pdf, deutsch, unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1010.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Nordas, R. (2008): Identity Polarization and Conflict: State Building in Cote d’Ivoire and Ghana. Paper prepared for the 49th International Studies Association Convention, San Francisco, CA. March 26-29, 2008. Panel WB34 “Building Peace in Africa” (pdf, englisch, unter: http://www.humansecuritygateway.com/documents/ISA_identitypolarizationconflict.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Nord, A. (2002): Die Legitimation der Demokratie im südlichen Afrika – Eine vergleichende Analyse politischer Einstellungen in Namibia und Botswana. In: Demokratie und Entwicklung Bd. 50, Münster 2004

Offe, C. (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, *Merkur*, Jahrgang 45, Heft 4, S. 279-291.

Overhaus, M. (2011): Lücken im Instrumentenkasten. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2011
(pdf, deutsch, unter: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ord516=OrgaGrp&ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=128142>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Salzborn, S. (2006): Ethnizität und ethnische Identität. Ein ideologiekritischer Versuch. In: Zeitschrift für kritische Theorie 22-23/2006
(pdf, deutsch, unter: <http://www.salzborn.de/txt/zkt06.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Sandschneider, E. (2003): Externe Demokratieförderung - Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen. FU Berlin 2003
(pdf, deutsch, unter: http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Schwarz, M. (2008): Die „Schutzverantwortung“- Fortschritt, leeres Versprechen oder Freibrief für „humanitäre“ Intervention?, Stiftung Entwicklung und Frieden, 2008
(pdf, deutsch, unter: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file1017.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Sperling, S. (2011): ECOWAS auf dem Prüfstand. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Berlin 2011
(pdf, deutsch, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/07883.pdf>, letzter Abruf: 01.10.2011)

Smith, A.D. (1972): Theories of Nationalism, London 1972

Taylor, C. (1992): “Atomism”, in: Avineri/ de-Shalit (Hrsg.), Communitarianism, Oxford 1992, S.29ff.

Tull, D. (2005): Stabilisierungsstrategien in „failing states“ - Das Beispiel Nord-Kivu (DR Kongo). Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2005
(pdf, deutsch, unter: http://www.ias.uni-bayreuth.de/resources/africa_discussion_forum/07-08_ws/tull_swp.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

Yoneoka, K. (o.D.): Die US-Strategie zur Demokratieförderung. Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
(pdf, deutsch, unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_8492_1.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011)

7.2. Internetquellen

Buckley-Zistel, S. (2008): Demokratisierung. Bundeszentrale für Politische Bildung 2008, <http://www.bpb.de/themen/RMQI3R,0,0,Demokratisierung.html>, letzter Abruf: 01.10.2011

Grill, B. (2010): Stimme ohne Macht, ZEIT Online, 09.12.2010
<http://www.zeit.de/2010/50/Afrika-Elfenbeinkueste/seite-3>, letzter Abruf: 10.06.2010

Côte d'Ivoire – European Community Country Strategy Paper and National Indicative Programme 2008-2013
http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/summary_ci_csp10_en.pdf, letzter Abruf: 01.10.2011

Dailytrust (2011): Rebuilding Cote d'Ivoire: Lessons from Sierra Leone. 06.05.2011
http://dailytrust.dailytrust.com/index.php?option=com_content&view=article&id=18687:rebuilding-cote-divoire-lessons-from-sierra-leone&catid=7:opinion&Itemid=12, letzter Abruf: 01.10.2011

European Commission. Development and Cooperation – EuropeAid (2011): Ivory Coast
http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/country-cooperation/cote-d-ivoire/cote-d-ivoire_en.htm, letzter Abruf: 01.10.2011

International Organization for Migration (2009): Programme to Promote Social Cohesion in Côte d'Ivoire Wins New Backing, 12.05.2009
<http://www.iom.int/jahia/Jahia/media/press-briefing-notes/pbnAF/cache/offonce?entryId=24824>, letzter Abruf: 01.10.2011

net-tribune (2011): Gbagbos Partei in neuer Regierung der Elfenbeinküste nicht vertreten. 02.06.2011
<http://www.net-tribune.de/nt/node/41712/news/Gbagbos-Partei-in-neuer-Regierung-der-Elfenbeinkueste-nicht-vertreten>, letzter Abruf: 01.10.2011

Scheen, T. (2011): Elfenbeinküste. Ein Drama mit Ansage. FAZ.NET 16.März 2011
<http://www.faz.net/artikel/C31325/elfenbeinkueste-ein-drama-mit-ansage-30330685.html>, letzter Abruf: 01.10.2011

souslemanguier (2011): Ivory Coast - Politics: Ouattara signs decree to unify Cote d'Ivoire's security forces, 18.03.2011
<http://english.souslemanguier.com/nouvelles/news.asp?id=10&sourceid=4&pays=152&idnews=31031>, letzter Abruf: 01.10.2011

Was ist Demokratie? Grundzüge und Geschichte einer anspruchsvollen Staatsform (o.V.) (2011): Politische Parteien. Zellen der Demokratie
<http://demokratie.geschichte-schweiz.ch/politische-parteien.html>, letzter Abruf: 01.10.2011

Weiss, P. (o.D.): Vortrag: „Soziale Kohäsion“, Konrad-Adenauer-Stiftung,
http://www.kas.de/wf/doc/kas_16319-1522-1-30.pdf?090428210457, letzter Abruf: 01.11.2011